

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Verkaufsort: Dornmund

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 294

Donnerstag, den 24. Oktober 1935

Jahrgang 1935

Die Spannung zwischen Warschau und Prag.

Der Streit um den polnischen Generalkonsul in
Mährisch-Odrau.

Von unserem Warschauer Mitarbeiter.

Warschau, im Oktober.

Der polnisch-tschechische Minderheitenstreit, der zu einer außerordentlich scharfen Zuspitzung der Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei geführt hat, stellt sich auf polnischer Seite als Kampf um die Lebensrechte der polnischen Minderheit im Mährisch-Odrauer Industriegebiet, auf tschechischer Seite dagegen als Kampf um die Tätigkeit und das Ausüben des polnischen Generalkonsuls in Mährisch-Odrau dar. Diese grundsätzliche verschiedenen Ausgangspunkte in den Anschauungen der beiden streitenden Parteien muß man verstehen, um die Tragweite der letzten Entwicklung würdigen zu können, die in der Entziehung des Exequatur des polnischen Generalkonsuls in Mährisch-Odrau, Klotz, und in den noch schärferen Gegenmaßnahmen der polnischen Regierung, der Entziehung des Exequatur der beiden Konsulen der tschechoslowakischen Republik in Polen und Krakau, einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Schärfer noch als dieser polnische Gegenanschlag selbst, ist die amtliche Begründung dieser im internationalen Verkehr zwischen zwei europäischen Staaten unangehörigen Maßnahme. Sie geht mit Selbstverständlichkeit davon aus, daß die tschechoslowakische Regierung die polnische Minderheit zu liquidieren beabsichtigt, daß jede kulturelle und politische Regierung der Minderheit unterdrückt werde, daß schließlich sogar die tschechoslowakischen Behörden systematisch provozierten, um dann bei etwaigen Ausschreitungen mit umso schärferen Unterdrückungsmaßnahmen antworten zu können. Besonders Anstoß mußte in Polen schließlich auch die Tatsache erregen, daß es sich bereits um den zweiten Fall der praktischen Ausweisung eines polnischen Generalkonsuls in Mährisch-Odrau handelt, bei dem es die tschechoslowakische Regierung zudem nicht einmal für notwendig gehalten hat, die bevorstehende Entziehung der Tätigkeitserlaubnis des den Behörden nicht genehmen polnischen Diplomaten der polnischen Regierung anzuzeigen oder sie um Zurückziehung des Generalkonsuls zu ersuchen. In polnischen Regierungskreisen herrscht allgemein die auch in der amtlichen Begründung ausgedrückte Überzeugung, daß die Tschechoslowakei bei ihrer Unterdrückungspolitik gegenüber der polnischen Minderheit prominente Zeugen nicht gebrauchen könne, und daß hauptsächlich darauf auch die Pressehege gegen jeden polnischen Generalkonsul in Mährisch-Odrau zurückzuführen sei. In dem Unruheherd selbst, im Mährisch-Odrauer Industriegebiet, wird der sich am polnische Stellen wendende Besucher mit einer Fülle von Mitteilungen über tschechische Unterdrückungsmaßnahmen überschüttet: die tschechische Schulorganisation baue unter finanzieller Unterstützung der Prager Regierung tschechische Schulen in fast ausschließlich von Polen bewohnten Ortschaften, polnischen Organisationen mit rein kulturellen Zielen würden unter dem Vorwand der Unruhebestimmung jegliche Tätigkeit unterbunden, polnische Arbeiter würden unter Androhung des Verlustes der Arbeitsstelle zur Verlegung ihres Volkstums gezwungen und schließlich veruche man sogar die polnischen Genossenschaften, die wichtigste wirtschaftliche Stütze der polnischen Minderheit, durch Ausbreitung von panisierenden Nachrichten und durch andere Maßnahmen finanziell zu ruinieren. Die polnische Jugend habe in der Tschechoslowakei gar keine Zukunftsaussichten und werde daher zur Abwanderung nach Polen gezwungen. Kurz gesagt, jede Maßnahme der tschechischen Behörden wird als Schikane der polnischen Minderheit aufgefaßt. Der anderthalb Jahrzehnte währende Kampf hat eine derartige Atmosphäre der Gereiztheit geschaffen, daß sachliche Auseinandersetzungen zwischen der polnischen Minderheit und dem tschechischen Staatsvolk kaum noch möglich erscheinen.

Diese Gereiztheit ist in demselben Umfange auch auf tschechischer Seite vorhanden. Die tschechoslowakischen Behörden behaupten, und die tschechische Bevölkerung in dem umstrittenen Gebiete ist von der Richtigkeit der Behauptungen fest überzeugt, daß die polnische Minderheit keinerlei Anlaß habe, sich über eine schlechte Behandlung zu beklagen. Wird der unparteiische Besucher von den Polen in eine aus Holz errichtete, räumlich beengte, dörfliche Schule der polnischen Minderheit geführt, neben der sich eine große und moderne, aus Stein gebaute tschechische Schule erhebt, dann führen die Tschechen denselben Besucher in ein anderes Dorf, in dem das Verhältnis gerade umgekehrt ist. Beflagen sich die Polen über die Errichtung tschechischer Schulen in Dörfern mit einer polnischen Mehrheit, dann weisen die Tschechen darauf hin, daß es ihnen doch wohl erlaubt sein dürfte, in eigenen Lande eigene Schulen zu errichten, zu deren

Besuch zudem niemand gezwungen werde. Außerdem gebe es im Grunde genommen im Mährisch-Odrauer Industriegebiet keine ausgesprochen polnische Bevölkerung, es handle sich vielmehr um polonisierte „Schlonzaken“, Schleier, die keine Polen seien. Dem polnischen Generalkonsul in Mährisch-Odrau aber werfen die Tschechen ihrerseits provokatorisches Verhalten vor. Er beschränke sich nicht auf seine Aufgaben, sondern betriebe eine ausgesprochen politische Propaganda, mit dem Ziel, das Mährisch-Odrauer Industriegebiet von der Tschechoslowakei loszulösen. Der polnische Generalkonsul erinnere in seinem ganzen Auftreten mehr an den Gouverneur eines besetzten Gebietes, als an den diplomatischen Vertreter einer fremden Macht, zu der man normale Beziehungen unterhalte. Ebenso wie die Polen jede Maßnahme der tschechischen Behörden als gegen die Minderheit gerichtet ansehen, betrachten die Tschechen jeden Schritt, den der polnische Generalkonsul unternimmt, als Provokation.

Der polnische Generalkonsul in Mährisch-Odrau ist nach Meinung der tschechischen Behörden und nach Überzeugung der tschechischen Bevölkerung die Quelle allen Übels. Ohne ihn gäbe es keinen Minderheiten-

streit, keine irrederentistischen Tendenzen. Man reagiert daher mit besonderer Nervosität auf alle seine Schritte. Aus dieser Atmosphäre der Erregung heraus sind die letzten Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung zunächst gegen den Generalkonsul Malhomme, dessen Name den Tschechen besonders treffend zu sein schien, und jetzt gegen Generalkonsul Klotz zu verstehen. Diese Maßnahmen, wie auch die Gegenmaßnahmen der polnischen Regierung dürfen aber kaum geeignet sein, die nachgerade für den europäischen Frieden gefährliche Unruhe in dem kleinen Grenzgebiet an dem Flüssen Odra zu befeitigen.

England ermögliche, hinter dem Rücken des Völkerbundes vorzugehen. Nichts dergleichen sei beabsichtigt.

Zuversichtliche Äußerungen Baldwins und Edens.

Baldwin spricht von einer außenpolitischen Ruhepause, Eden erhofft eine Regelung zwischen Italien, Äthiopien und dem Völkerbund in wenigen Tagen.

Der englische Minister- präsident vor dem Unterhaus.

DNB London, 23. Oktober.

Die politische Aussprache im Unterhaus wurde am Mittwoch mit einer Rede des Ministerpräsidenten Baldwin fortgesetzt. Im Hinblick auf die Ausführungen Hoares und die bevorstehende Rede Edens beschränkte sich der Regierungschef auf einige grundsätzliche Bemerkungen und Betrachtungen. Er stellte fest, daß jedes Wort, das der Außenminister geteilt gesprochen habe, die volle Unterstützung eines einzigen Kabinetts habe und daß der Minister für Völkerbundsangelegenheiten während seiner Tätigkeit in Genf in ständiger Fühlung mit seinen Kollegen in London gewesen sei, die sein Vorgehen einmütig billigten.

Baldwin ging dann auf die englische Völkerbundsposition ein und sprach von den Kritiken, die der Ansicht seien, daß es eine Hintertür gäbe, die es

Jede etwaige Regelung müsse eine für alle drei Parteien, Italien, Äthiopien und den Völkerbund, gleich annehmbare Lösung darstellen. Wenn hier eine Regelung erzielt werden könne, die die Dauer des Krieges beträchtlich abkürze oder die Welt von der Furcht einer möglichen Ausbreitung des Krieges befreie, so mache dies jede Anstrengung wert, voranzugehen, daß der oben erwähnte Grundgedanke aufrecht erhalten werden könne.

Nach seiner Ansicht habe der Völkerbund unter den bestehenden Verhältnissen Besseres geleistet, als man erwarten sollte. Seine Arbeiten angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten der Lage erwartet worden sei. Man dürfe nicht vergessen, daß man es nicht mit einem so unfaßlichen Völkerbund zu tun habe, wie er in dem Begründen vorgebracht habe, sondern mit einem Völkerbund, den drei der mächtigsten Staaten der Welt liegen gelassen hätten und der sich vielmehr nur einer schwachen Unterstützung durch einige seiner Mitglieder erfreue. Der Ministerpräsident unterließ dann keine bereits in Worcester gemachten Ausführungen sowie die getrigte Rede Hoares

Englische Wahlen am 14. November

DNB London, 23. Oktober.

Ministerpräsident Baldwin gab am Mittwochmittag im Unterhaus Donnerstag, 14. November, als Zeitpunkt für die Abhaltung von Neuwahlen zum Parlament bekannt. Das neu gewählte Parlament wird am 28. November zur Wahl des Sprechers und zur Vereidigung zusammentreten. Die feierliche Eröffnung des neuen Parlaments erfolgt am 3. Dezember durch den König.

und erklärte, daß England sein isoliertes Vorgehen beabsichtige.

England gedente nicht weiter zu gehen, als es der Völkerbund in seiner Gesamtheit tun werde. Niemals habe England an einen Krieg gedacht. (Beifall.)

Waldwin sprach Baldwin über die Wiederaufrüstung, wobei er auf die getrigten Bemerkungen des Oppositionsführers Attlee über die ungeheure Vermehrung der britischen Streitkräfte einging. Es handele sich um eine Verstärkung der Verteidigungslinie innerhalb des Genfer Rahmens für die Sache des internationalen Friedens und nicht für selbsttätige Zwecke. Aber er wolle nicht für die Ausführung irgendeiner englischen Regierung im gegenwärtigen Augenblick verantwortlich sein, wenn er nicht die Vollmacht erhalte, die Mittel zu beheben, die sich seit dem Kriege in den englischen Wehrdiensten eingestellt hätten. Diese Vollerkenntnisse könne er nicht einen Augenblick lang die jegliche Außenpolitik weiterführen.

Der Ministerpräsident wandte sich dann dem innerpolitischen Problem der Auflösung des Unterhauses und der Ausschreibung von Neuwahlen zu. Baldwin ging dabei auf den Vorwurf Sir Herbert Samuels ein, daß zu einem kritischen außenpolitischen Zeitpunkt Wahlen nicht veranstaltet werden sollten. Er vertrat die Ansicht, daß in der Außenpolitik eine Ruhepause bevorstehe, und man könne nicht sagen, ob dies im Januar der Fall sein werde. Aus diesen Gründen habe er es als seine Pflicht angesehen, vom König eine sofortige Auflösung des Parlaments zu erbitten. Die Regierung gedente lediglich nach gewissen Empfehlungen des Ausschusses für die Arbeitslosenversicherung in die Tat umzusetzen.

Was die Ansicht der Arbeiterparteilichen Opposition angehe, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung wegen der Arbeitslosigkeit auf den Tisch des Hauses zu legen, so behaupte er, seine Zeit für eine Erörterung zur Verfügung stellen zu können.

Das Unterhaus sei auf Bitten der Opposition wegen der internationalen Lage um eine Woche früher einberufen worden. Im Hinblick auf die überragende Bedeutung dieser Frage halte es die Regierung für ihre Pflicht, dem Unterhaus drei Tage für eine Aussprache hierüber zur Verfügung zu stellen.

Die Opposition habe jetzt während des Wahlfestes Gelegenheit, ihren Mißtrauensantrag der Öffentlichkeit vorzulegen und die Regierung werde sich nach besten Kräften zur Wehr setzen. (Lauter Beifall auf den Ministerbänken.)

Sodann verlas

der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Attlee, den Wortlaut des Mißtrauensantrages, der der Regierung das Vertrauen verweigert, weil es ihr nicht gelungen sei, die Arbeitslosenfrage erfolgreich zu bekämpfen. Die Weigerung Baldwin, diesen Antrag zur Erörterung zuzulassen, sei eine Verleumdung des Unterhauses. Offenbar wüßte Baldwin jede Aussprache über das Arbeitslosenproblem zu unterbinden.

Der konservative Abgeordnete Amery

begrüßte den die Aufrüstung betreffenden Teil der Baldwinrede und die Erklärung, daß an militärische Maßnahmen nicht gedacht werde. Nach seiner Meinung wäre es am richtigen gewesen, wenn England gemeinsam mit Frankreich und Italien einen Plan ausgearbeitet hätte, der gewisse, wenn nicht alle, nicht ambiziosen Provinzen von Äthiopien unter italienische Herrschaft bringen würde. Das werde vielleicht auch die Endlösung

Reichsstatthalter Loeper †.

Ein schwerer Verlust für Partei und Staat.

DNB Dessau, 23. Okt.

Heute morgen gegen 5.30 Uhr ist der Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt und Gauleiter von Magdeburg-Anhalt Hauptmann a. D. Wilhelm Friedrich Loeper nach längerer Krankheit sanft entschlafen.

Ein Leben des Kampfes.

DNB Berlin, 23. Okt.

Wilhelm Loeper war einer der ältesten und treuesten Kämpfer des Führers. Er, der Soldat des Weltkrieges, wurde später der Soldat des großen Freiheitskampfes



und stand in den großen, aber vor allem auch in den schweren Stunden der nationalsozialistischen Bewegung stets an der Seite Adolf Hitlers. Sein tragischer Tod reiht eine tiefe Lücke in die Reihe der alten Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung.

Wilhelm Loeper wurde am 13. Oktober 1883 in Schwerin in Mecklenburg geboren, hat also nur ein Alter von 52 Jahren erreicht. Er machte in Dessau sein Militärentermin, trat als Fahnenjunker in das Pionierbataillon 3 in Spandau ein und befehligte die Pionierschule in Reife. Als Hauptmann ging er mit den 4. Pionieren in Magdeburg 1914 ins Feld. Bis zum Ende des großen Krieges kämpfte Loeper an der Westfront und verdiente sich zahlreiche Auszeichnungen, darunter das Eiserne

Kreuz 2. und 1. Klasse. In mehreren Schlachten wurde Wilhelm Loeper verwundet, einmal besonders schwer durch einen Kopfschuß.

Als Loeper nach Beendigung des Krieges von der Front zurückkehrte, zog er den sehr grauen Kopf nicht aus. Als Kampagnenführer in einem Freikorps kämpfte er weiter gegen die äußeren, aber auch gegen die inneren Feinde des Reiches. Sein Vlak war immer dort, wo seinem Vaterlande Gefahr drohte. Er stand in jenen Tagen beim Grenzschutz im Osten, später beim Rapp-Buch im Ruhrgebiet, wo er den kommunistischen Unfrieden niederzuschlagen half und die Entwarnung der roten Horden durchführte. Dann war er wieder als Hauptmann und Kampagnenführer bei der Reichswehr zu finden. So kam er am 1. April 1923 als Lehrer an die Pionierschule in München. In diese Zeit fällt seine erste Begegnung mit Adolf Hitler. Beim großen Freiheitskampf am 9. November 1923 setzte er aus eigener Machtvollkommenheit den Kommandeur der Münchener Pionierschule ab, schickte ihn in Stubenarrest und führte Adolf Hitler als gekrönte Pionierschule zu. In jener schmachvollen Stunde, als Adolf Hitler und einige seiner Gefolgsleute verhaftet wurden, mußte Wilhelm Loeper den sehr grauen Kopf ausziehen. Seine Einhabereitschaft für den Nationalsozialismus hatte zur Folge, daß er aus der Reichswehr entlassen wurde. Loeper's eigener Kampf- und Siegeswille für den Führer wurde aber durch diesen Akt nur noch härter. Aus dem Soldaten und Pionier des Weltkrieges wurde in dieser Stunde der SA-Mann, der Pionier der Freiheitsbewegung.

Von Adolf Hitler zum Gauleiter von Magdeburg-Anhalt ernannt, nimmt Wilhelm Loeper den Kampf mit den marxistischen Elementen auf. Ruhelos eilt er von Ort zu Ort, von Verammlung zu Verammlung, immer verfolgt von den Wächtern des Systems. Ganz Mitteldeutschland wird von ihm ausgerüttelt. Immer größer wird die Zahl seiner Mitkämpfer. Redewort und Hunderte von Beleidigungen sollen keinen Kampf lähmen. Aber der Begeisterung Wilhelm Loeper's ist keine Vollzeigewalt des damaligen Oberpräsidenten und Reichsbannerführers Hering gewachsen. Der Nationalsozialismus hat dank des jähren Kämpfers die marxistische Hochburg Mitteldeutschland gekürrt und sich durch seine Widerstände halten lassen. Wilhelm Loeper wurde 1928 Mitglied des Anhaltinischen Landtages und 1930 Reichstagsabgeordneter. In diesem Jahre wurde er auch zum Chef des Verbandsamtes bei der Reichsleitung der NSDAP bestellt und im August 1932 zum Landesinspektor für Mitteldeutschland und Brandenburg ernannt.

Es war selbstverständlich, daß diesem Mann auch nach der nationalen Befreiung am 30. Januar 1933 große Aufgaben gestellt wurden. Der Führer ernannte Wilhelm Loeper zum Reichsstatthalter von Anhalt und Braunschweig, ein Vollen, auf dem er die Macht des Nationalsozialismus befestigte. Wilhelm Loeper's größtes Verdienst ist es, hier dem Willen des Führers zum Durchbruch verholfen zu haben. Er blieb auch auf diesem Posten das, was er im besten Sinne immer war, der Soldat und Kämpfer, der Führer der nationalsozialistischen Bewegung im Gau Magdeburg-Anhalt.

(Weiteres auf der 2. Seite.)

Der Hungertod unter den Sudetendeutschen.

Über 400 000 Arbeitslose unter 3,5 Millionen Einwohnern. - Tausende von Heimarbeitern ohne jede Unterstützung - sonst eine Mord in der Woche.

Menschen müssen von Kräutern und Mäusen leben.

NSK Prag, Anfang Oktober.

Vor dem Postamt in Troppau (Schlesien) stürzte ein junger Mann plötzlich zusammen. Als er wieder zu sich kam, erzählte er, daß er schon acht Tage nichts Genießbares außer Wasser zu sich genommen habe, und seit vier Jahren erwerbslos sei. In einem Gebirgssort im Waldgebirge fand man in einer ärmlichen Wohnstube die Leichen einer Frau und zweier Kinder, die in ungelöster Schicht die erschütternde Ursache für ihren Mord und Selbstmord angibt: „Ich kann das Hungern und das Kriechen meiner Kinder nicht mehr mit an und an hören. Ich habe sie und mich erlöst. Der liebe Gott möge mir vergeben.“

In einem niedergebrannten Strohhäuser fand man sechzehn verfaulte Leichen. Landstreicher? Nein! Sechzehn Menschen, die seit Wochen nach Arbeit suchten.

Ein Unglücksfall, vielleicht? Vielleicht auch eine Verzweiflungstat.

Wer leben will, was tatfällige Not ist, der fahre in das schone Industriegebiet Nordböhmens, so schreibt der Wirtschaftspolitiker der „Celle Slovo“, des Blattes des Außenministers Dr. Beneš. „Ich fuhr auf der Straße in der Umgebung von Karlsbad — es war am Abend — da sah ich ein Menschenhaufen, bestimmt über fünfzig, auf einem Kartoffelfeld. Was machen diese Menschen auf einem ausgepflügten Kartoffelfeld? Die Antwort war überraschend. Es sind lauter Industriearbeiter aus den umliegenden Textil- und Glasfabriken. Sie suchen auf dem Feld, ob nicht irgendwo eine Kartoffel liegenbleibt.“

Wie die Fliegen waren sie auf dem verhältnismäßig kleinen Feld, so sah im besten Fall auf einen ein oder zwei Kartoffeln kommen können!

Und doch unterliegen sie sich der Mühe, mit der leeren Hand den Boden zu zergraben und so eine Kartoffel zu finden, die da vielleicht vergessen wurde.“

Gablonz, die Stadt der fallenden Diamanten, zählte vor dem Krieg unter 30 000 Einwohnern 40 Millionen. Heute stehen Frauen in der eleganten Kleidung einer vergangenen Zeit auf dem Markt und verkaufen Wohngegenstände, um sich Brot kaufen zu können. Bilder, die an Petersburger und Mosauer Szenen erinnern.

Im Sudetendeutschen Gebiet gibt es über 400 000 Arbeitslose unter 3 1/2 Millionen Einwohnern, mehr als in Frankreich unter 40 Millionen, d. h. daß jeder dritte Sudetendeutsche von der Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Arbeitslosenunterstützung beziehen nur die gewerkschaftlich Organisierten, und die nicht mehr als 75 Pfennige am Tage. Von den Erwerbslosen aber waren nur 36 v. H. gewerkschaftlich organisiert!

Die anderen 64 v. H. sind angewiesen auf die wöchentliche (1) Unterstützung von 1 Mark (1), wenn sie ledig, und 2 Mark (1), wenn sie verheiratet sind.

Die ihnen die vier sozialdemokratischen Minister in Prag gnädigst gewähren, oder sie erhalten überhaupt keine Unterstützung, wenn sie etwa als Heimarbeiter im Gebirge ein Hauschen besitzen. In den drei Erzgebirgsorten Brandau, Katharinaberg und Goblitzendorf gibt es bei zusammen 3000 Einwohnern 848 Erwerbslose, von denen 257 die gewerkschaftliche Unterstützung, 162 die staatliche Unterstützung beziehen, und 429 (1), die ohne jede Unterstützung ihr Leben von Kräutern und Mäusen fristen müssen.

Von den 253 Kindern einer Schule in Silberbach im Erzgebirge kommen 38 täglich ohne Frühstück, 57 ohne Mittagessen, 237 aber können sich niemals sattessen, und im Karlsbader Ferienheim waren 75 v. H. der untergebrachten Schulkinder tuberkulös und rachitisch, blutarm und skrofult, 38 v. H. kennen keine Milch, 19 v. H. kein Ei. Ein Drittel aller Arbeiter in der Tuchfabrik Slowakei verdient wöchentlich bis 6 RM., die Hälfte höchstens 8,40 RM. und zwei Drittel höchstens 10,80 RM. Da, 6, 8,40 und 10,80 RM., das sind bei fast gleichen Preisen wie im Deutschen Reich die Löhne in der tschechischen Textilindustrie! In Prag und Budweis a. B. wurden die Arbeiter gezwungen, für freie Wohnung und Beschäftigung zu arbeiten, müssen alle sozialen Abgaben leisten, in dem gleichen Bezirk wurde ein jüdischer Damenkonfektionär festgesetzt, der drei Angestellten zusammen am Tage 1 Mark zahlte.

In dem nordböhmisches Industrieort Ketten bei Grottau ist das wöchentliche Lohnvolumen von 11 000 RM. auf 1400, in Oberhausen von 17 200 RM. auf 3200 RM. und in Mladá Boleslav von 9100 auf 150 RM. zurückgegangen. Seitdem ist die Zahl der Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not. Im Jahre 1932 waren es 20 000. Inzwischen ist das Elend bitterer und die Verzweiflung größer geworden.

Und so könnte Elendsbild an Elendsbild gereicht und die Zahlen, die von der Katastrophe künden, die über 3 1/2 Millionen deutscher Menschen hereinbrechen ist, in langer Reihe fortgesetzt werden. Die Fabriken stehen still und durch die Werkschleusen heult der Wind, vor den Türen aber stehen verzweifelte, hungernde Menschen. Die Tuberkulose malt ihre Todesmale Kindern und Erwachsenen auf die eingefallenen Wangen. Menschen brechen auf der Straße zusammen, die Krankenhäuser sind überfüllt. Einzelschicksale? Nein, sie wiederholen sich auf einer Fahrt vom Böhmerwald bis zu den Karpaten, fast in jeder Familie, in jedem Ort, im ganzen deutschen Gebiet zehntausendfach, und werden zum Anflieger eines Systems, das in der

Welt von Humanität und im eigenen Staate die Unmenschlichkeit zum Prinzip erhoben hat!

Hat es noch etwas mit Menschlichkeit zu tun, wenn man Menschen sterben läßt, nur — weil sie Deutsche sind?

Seit Jahr und Tag erschallen die Verzweiflungsrufe der Hungernden, und die Antwort der Prager Humanität ist, man schickt ihnen Staatspolizei mit Panzerwagen, statt Brot und Kartoffeln, oder man quittiert die Hilfsrufe mit Haß und Hohn! Es ist der Weisheit letzter Schluß, den hungernden Arbeitern eine Freifahrtkarte in das Sowjetparadies zu schicken, um sie nur los zu sein und sie im Land des Massenmordes im allgemeinen Bluttrud und Hungerelend untergehen zu lassen! Das ist die Arbeitslosenlösung in einem humanitären demokratischen Staate, in dem sich emigrierte Juden und anderes vaterlandsloses Gefindel herumtreibt und ungestört und ungehindert gegen das nationalsozialistische Deutschland hegen darf, das ist die Humanität und das ist das wahre Gesicht der Prager Demokratie!

Vor kurzem richtete der Führer der Sudetendeutschen Heimatbewegung, Konrad Henlein, vor 600 000 Sudetendeutschen einen Appell an die Welt: Helfet, hier sterben Menschen Hunger! Die Antwort der tschechischen Humanität aber war: Vernichtet die Deutschen, sie sind die Feinde des Friedens! Und sie zählten auf, was zu ihrer Vernichtung führt: Enteignung ihres Grundbesitzes und Bodens, Enteignung der Bergwerke, die noch in ihren Händen sind, Entfernung aus dem Staatsdienst und der Polizei. Und aus dem humanitätslindenden Munde Prager Sozialminister konnte man hören, daß die Not im ganzen Lande herrsche, eine Folge der Wirtschaftskrise sei und ihr keine nationalen Momente zugrunde lägen. Die Sudetendeutsche Wirtschaft ist der Spiegel ihrer nationalen Verfallung! Ein neutraler Beobachter erklärte jüngst, daß die Weltkrise der letzten sechs Jahre mit dem Hunger in diesem Lande unmittelbar gar nichts zu tun hat und mittelbar nur insofern, als beide, Weltkrise und Sudetendeutsche Volkskrisen, Auswirkung einer gleichen Ursache, nämlich des Wahnsinns von Versailles und St. Germain, sind! Und so ist es! Es war in den Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, als

40 000 deutsche Staatsbeamte und -arbeiter von ihrem Arbeitsplatz vertrieben, die Neuinstellung deutscher Beamter und Arbeiter unmöglich gemacht,

Loggerdienst in der Nordsee.

Ein schweres Handwerk, das der Volksernährung dient.

Die Menschen an der Küste der Ost- und Nordsee haben in diesen Wochen ganz unter dem Eindruck der schweren Herbststürme, die für alle, die mit See- und Schiffsahrt zu tun haben, eine viel größere Bedeutung als für die Binnenländer haben. Deshalb hat auch der tragische Untergang des deutschen Heringsloggers „Ravensberg“ aus Emden diese Menschen tief berührt. Die nachfolgenden Zeilen sollen in kurzen Zügen ein Bild von der tapferen Arbeit der Loggermatrosen geben.

Halbacht wachen die Flaggen auf dem alten Emdener Renaissance-Rathaus am Deich. Vom Mund zu Mund geht die Kunde: „Logger Ravensberg ist mit 16 Mann gebrochen“. Namen werden bekannt und in mancher Familie der Stadt trägt man Trauer um den Sohn, den Vater, die nicht mehr heimgekehrt sind von der Doggerbank.

So alt wie der Begriff des „Emdener Herings“ ist auch die Heringsfischerei hier in den Städten an der Emsmündung. Zusammen mit Begegnung an der Weser und dem alten Glidat auf der Ems ist hier von jeher eine starke Fiskeritradition, heimelhaft gewachsen. Auf alten Bildern sieht man sie noch, die alten „Jager“ und „Büsen“, die einst als ranke Segelfahrzeuge dem Fang dienten. Wir erinnern uns, daß vor Jahrhunderten sich die Größe so mancher Hansestadt vor allem an den reichen Heringsfang vor der schwedischen Schonenküste gründete. Dann kam der große, geheimnisvolle Wandel der Heringszuges und nun ist seit langem die Nordsee Heimat der Heringsfischerei mit Fischdampfern und Loggern.

Unjährlieh finden in der Großen Kirche zu Emden, die einst in den Sturmjahren der Reformation eine so bedeutende Rolle spielte, die Loggerfahrergottesdienste statt. Das ist jener Tag, wenn nach der Winterruhe die Fahrzeuge zur ersten Ausfahrt nach den Orkney-Inseln fargemacht sind. Nach alter Ueberlieferung sitzen auf jeder Bank die Männer eines Loggers vom Kapitän bis zum Schiffsjungen im blauen Schiffsjackett nebeneinander. Dabei ist es besonders interessant, festzustellen, daß die ganzen Besatzungen selbst Generationen immer wieder aus denselben Gegenden Deutschlands kommen. Neben den Ostfriesen fand es vor allem Leute aus dem Lippischen Lande, die immer wieder Dienst auf den Loggern nehmen, um dann zur Winterruhe ebenfalls regelmäßig wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Es ist so, als habe sich gerade in diesen Menschen die Ver-

800 000 Hektar deutscher Boden geraubt und 20 000 Forst- und Güterbeamte eigentlos, dadurch ferner die Neubildung deutschen Bauerntums unmöglich gemacht wurden,

deutsche Industrieunternehmen deutsche Arbeiter entlassen und tschechische aufnehmen mußten, ihre Produktion durch die Errichtung tschechischer Werke einstellen oder ins tschechische Gebiet verlegen mußten.

Durch diese Maßnahmen, die auf die Vernichtung des Sudetendeutentums abzielen,

wurde es um rund 800 000 Arbeitsplätze beraubt! In diesen von Chauvinismus und Deutschenhaß diktierten Maßnahmen, die in das Reichsleib eines Geistes gehüllt wurden, liegt die Wurzel allen Elends, der Anfang allen Hungers und Leidens, das sein Ende nur im Sterben findet. Man kann die Schilderung der Sudetendeutschen Elendsstragie nicht besser schließen als mit dem zusammenfassenden Urteil eines ausländischen Beobachters, der da schrieb: „So sind denn im deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens 73 v. H. aller Arbeitsfähigen ohne Arbeit, und im tschechischen Land es kaum 20. So hungern und verhungern die Sudetendeutschen.“

Wahlen in Dänemark.

Mandatsgewinn der Regierungsparteien. - Zunahme der deutschen Stimmen in Nord-Schleswig.

Ein Ruck nach links.

DNB Kopenhagen, 23. Oktober.

Die Wahlen zum Folkething, dem dänischen Unterhaus, sind in ganz Dänemark ruhig verlaufen. Dant des schönen Wetters siehe schon früh ein starker Zustrom zu den Wahllokalen ein, und die Wahlbeteiligung überstieg die des Jahres 1932, in dem die letzten Folkething-Wahlen stattgefunden haben.

Insgesamt wurden 1 646 128 (1 547 082) gültige Stimmen abgegeben, deren Verteilung ebenso wie die der 148 Mandate — der 149 Abgeordnete wird erst am 11. November auf den Färöern gewählt — sich aus folgendem vorläufigen amtlichen Ergebnis ergibt:

Sozialdemokraten 759 069 (680 839) Stimmen und 68 (62) Mandate.
Bauern-Linke 292 085 (381 862) Stimmen und 28 (anfangs 38, später 34) Mandate.
Konservative 293 358 (298 531) Stimmen und 26 (27) Mandate.

Kadikale Linke (Demokraten) 151 527 (145 221) Stimmen und 14 (14) Mandate.

Freie Volkspartei 52 736 (0) Stimmen und 5 (anfangs 0, später 3) Mandate.

Kommunisten 27 140 (17 179) Stimmen und 2 (2) Mandate.

Dänische Nationalsozialisten 16 217 (757 in Nord-Schleswig) Stimmen und 0 Mandate.

Schleswische Partei 12 618 (9863) Stimmen und 1 (1) Mandat.

Gemeinschaftspartei 188 (0) Stimmen und 0 Mandate.

Rechtsstaatspartei 41 190 (41 238) Stimmen und 4 (4) Mandate.

Aus dieser Uebersicht geht zunächst hervor, daß nach dem Vintur in Norwegen und Schweden nun auch die Sozialdemokraten in Dänemark den größten Erfolg bei den Wahlen zu verzeichnen hatten, während die Demokraten ihren Mandatsbezug behaupten konnten. Beide Regierungsparteien verfügen

nunmehr zusammen über 82 (76) Mandate gegenüber 66 (72) Mandaten der Opposition.

Von den Parteien der Opposition hat besonders die Bauern-Linke an die Freie Volkspartei und wahrscheinlich auch an die Nationalsozialisten abgegeben müssen. Dant der dänischen Wahlartikelmeth hat die Partei dabei noch zwei Mandate mehr erhalten als ihr der Stimmenzahl nach zustanden. Eine Enttäuschung hat die Wahl auch den Konservativen gebracht, die zwar mehr Stimmen als die Bauern-Linke, aber wiederum infolge der Wahlartikelmeth ein Mandat weniger erhalten haben als früher. Die Kommunisten haben ihre Stimmenzahl zwar vergrößern können, ihr Bestands an Mandaten blieb jedoch der gleiche. Die Nationalsozialisten haben zum ersten Mal in ganz Dänemark an Folkething-Wahlen teilgenommen, jedoch ein Mandat mit früher nicht gut möglich ist. In Nord-Schleswig, wo sie sich bereits 1932 an der Wahl beteiligten, ist ihre Stimmenzahl jedoch von 757 auf rund 3500 gestiegen. Wenn sie nicht in das Folkething einziehen können, ist das darauf zurückzuführen, daß ihre Stimmenzahl in keinem der drei großen Gebiete (Hauptstadt, Inseln oder Südküste) die im Durchschnitt auf ein Mandat entfallende Stimmenzahl erreicht haben. Was die schleswischen Parteien anlangt, so ist festzustellen, daß der Anteil



der deutschen Stimmen an allen in Nord-Schleswig abgegebenen Stimmen von 13,2 auf 15,5 v. H. zugenommen hat.

In Kreisen der Regierungsparteien hebt man deren Erfolg natürlich entsprechend hervor. Die demokratische „Politik“ weist darauf hin, daß das Ergebnis der Wahlen eine Festigung der Macht und des Ansehens der Regierung bedeute. Von der Opposition erwartet das Blatt, daß sie nunmehr den Bestrebungen der Regierung keinen systematischen Widerstand mehr entgegenlegen werde.

Kreuzer „Emden“ zur sechsten Auslandsfahrt ausgelaufen.

DNB Wilhelmshaven, 23. Okt.

Kreuzer „Emden“ trat am Mittwoch normittag bei strahlendem Sonnenschein seine sechste Auslandsreise an. Zur Verabschiedung des Schiffes hatten sich die Leiter der Marine- und der Parteistellen sowie die Bürgermeister der Städte und der Hafenstadt eingefunden. Der Kommandierende Admiral der Nordsee, Vizeadmiral Schütz, richtete eine Ansprache an die Besatzung, in der er sie ermahnte, daß auf diese Reise stets die Augen des Führers und des ganzen deutschen Volkes auf sie gerichtet seien. Überall, wohin die Besatzung käme, solle sie sich als Angehörige des deutschen Volkes fühlen. Der Vizeadmiral schloß mit einem dreifachen Siegesheil auf den Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht, Kreuzer „Emden“, der unter dem Kommando von Kapitän z. S. Bachmann steht, machte dann los und fuhr unter draufenden Heilrufen der Bevölkerung auf der Schleppe dem Meere zu.

Die Deutsche Landsmannschaft.

Zu dem durch DNB verbreiteten Bericht über das Ergebnis der außerordentlichen Landsmannschaftstertagung in Coburg geht uns von landsmannschaftlicher Seite eine Mitteilung zu, aus der hervorgeht, daß die Deutsche Landsmannschaft sich noch nicht aufgelöst hat, vielmehr liegen die Dinge so, daß der Führer der Deutschen Landsmannschaft, der stellv. Senatspräsident der Freien Stadt Danzig Dipl. Ing. P. Huth erklärte, die Deutsche Landsmannschaft mit ihren 2 000 Mitgliedern müsse bei der Gewährung ehrenvoller Bedingungen in dem RSDStB, aufgehen. Weiter heißt es in der Mitteilung: Auch Dr. Ing. P. Stäbel, der einstige Reichsführer der DSt. und des RSDStB, Senator Ing. Richter-Hamburg und das Ehrenmitglied der Deutschen Landsmannschaft, Gauleiter und Oberpräsident Ing. Schwede-Coburg, traten dafür ein, das Wertvolle aus der Ueberlieferung dem neuen Reich dienlich zu machen. Demgemäß sollte der Landsmannschaftstertag folgenden Entschluß: „Die Deutsche Landsmannschaft stellt sich mit allen ihren Gliederungen dem RSDStB zur Verfügung und erteilt ihrem Führer, Senatspräsidenten P. Huth, alle Vollmachten zur Ueberführung in den RSDStB, unter den mitgeteilten Richtlinien, sowie zur Auflösung der D. L.“

Die britischen Militärbehörden haben das größte Hotel Alexandriens, das Hotel „San Stefano“, gemietet, um in dem Gebäude ein Lazarett einzurichten.

Die argentinische Regierung hat den Beitritt zum Internationalen Gerichtshof in Haag beschlossen.



Schone Deine Augen durch besseres Licht

Die neuen Tungsram-®-Lampen mit der Doppelspirale geben — je nach ihrer Größe — bis zu 20% mehr Licht, doch der Stromverbrauch bleibt der gleiche. Wintersonne bringt früh Dunkelheit, darum jetzt die Lampen wechseln, denn

ERMÄSSIGTE PREISE:				
Watt:	40	60	75	100
Preis:	RM 0,97	1,28	1,47	1,86

TUNGSRAM-®Lampen

leuchten heller — doch der Zähler läuft nicht schneller

1. Die auch
Unterlegenheit
eine interna